Was Einfluss im Parlament bedeutet

Wer ist das einflussreichste Parlamentsmitglied unter der Bundeshauskuppel? Diese Frage versuchen vor den Wahlen verschiedene Rankings zu beantworten. Doch die Parlamentsarbeit lässt sich weder auf Anzahl Vorstösse noch auf Absenzenlisten reduzieren.

Katrin Schregenberger

BERN. Wöchentlich versuchen derzeit Parlamentarier-Rankings, den Einfluss der Volksvertreter zu beziffern. Doch wie kann Einfluss und Erfolg im Parlament überhaupt gemessen werden? So einfach ist das nicht. Eine Auslegeordnung.

Wer hält im Parlament die Fäden in der Hand? Blick in den Nationalratssaal. BILD MELANIE DUCHENE/SCHAFFHAUSER NACHRICHTEN

1 Signalwirkung durch Vorstösse

Tausende Vorstösse haben die Volksvertreter im Bundeshaus die letzten vier Jahre eingereicht. Betrachtet man Motionen, also jenes Mittel, mit dem die Volksvertreter den Bundesrat beauftragen, innerhalb von zwei Jahren ein Gesetz auszuarbeiten oder eine bestimmte Massnahme zu ergreifen, sticht die Schaffhauser SP-Nationalrätin Martin Munz heraus: In einer Datenanalyse von SRF landet sie mit 20 Motionen unter den Top 20 der aktivsten Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Allerdings schafft sie es nicht auf die Liste der erfolgreichsten Motionäre – nur drei ihrer Motionen wurden angenommen.

«Vorstösse erfüllen sehr unterschiedliche Funktionen», erklärt der Politologe Daniel Schwarz, der Teil des Teams der Universität Bern ist, das mit dem «Smartmonitor» das Handeln der Schweizer Parlamentarier beobachtet. «Wenn ein Vorstoss erfolgreich sein soll, dann ist er meistens im Vorfeld schon gut abgestimmt mit anderen Fraktionen.» Das braucht Kompromissbereitschaft und Geschick, um eine Mehrheit zu schaffen, ist also durchaus ein Qualitätsmerkmal. Aber: Stehe man selber oft in der Opposition, was in der Natur der Polparteien liegt, hätten eigene Vorstösse auch weniger Aussicht auf Erfolg.

Doch es gebe auch Vorstösse, die lediglich als Signal dienten: «Dann geht es darum, dass ein Anliegen sichtbar gemacht wird.» Man wolle damit eine Interessengruppe oder die eigene Wählerschaft zufriedenstellen. «Man reicht ein, obwohl man weiss, dass es keinen Erfolg haben wird.»

Martina Munz sagt, Vorstösse seien eine Möglichkeit, Themen voranzutreiben. «Ohne eigene Vorstösse braucht es eine starke Lobby im Hintergrund, um einflussreich zu sein. Der Bauernpräsident Markus Ritter ist dafür das beste Beispiel.»

2 Lobbys geben Gewicht

In der Tat wird der Mitte-Nationalrat Markus Ritter häufig als Beispiel genannt für einen Politiker, der kaum eigene Vorstösse einreicht und trotzdem als einflussreich gilt. Der Politologe Schwarz schätzt die Bedeutung der Interessengruppe – im Fall Ritter sind das die Bauern –, für die ein Parlamentarier steht, als wichtig ein: Je gewichtiger die Lobby im Rücken eines Parlamentsmitglieds sei und je mehr Parlamentarier diese verträten, desto weniger sei ein Politiker auf Vorstösse angewiesen. «Bei einer Interessensgruppe, die schwach ist und auf ihre Anliegen aufmerksam machen muss, bleibt der Einzelvorstoss oft das Mittel der Wahl.» Ein Parlamentarier mit Lobby wie Markus Ritter bringe sich wohl eher über die Kommissionsarbeit ein.

3 Knochenarbeit in Kommissionen

Der Nationalrat verfügt über 12 ständige Kommissionen, der Ständerat über 11. In den Kommissionen werden Geschäfte vorberaten, Gesetzgebungen mitgestaltet und Vorstösse ausgearbeitet. «Die Kommissionsarbeit ist sehr effektiv, wenn Themen behandelt werden, die einem Parlamentsmitglied wichtig sind», sagt Schwarz. Auch SVP-Nationalrat Thomas Hurter und Amtskollegin Martina Munz schätzen die Kommissionsarbeit als am wichtigsten ein.

96,4

Die durchschnittliche Anwesenheit von Nationalratsmitgliedern bei Abstimmungen beträgt laut Smartmonitor 96,4 Prozent. SVP-Nationalrat Roger Köppel (ZH) macht mit 75,1 Prozent Anwesenheit das Schlusslicht. Die Grüne Maya Graf (BL) sowie SVP-Politiker David Zuberbühler (AR) erreichen 100 Prozent.

Doch: Da der Ständerat weniger Mitglieder hat, sitzen dort viele in mehreren Kommissionen – und können so mehr Einfluss gewinnen. Im «Influence-Index» der Kommunikationsagentur BCW tauchen auf den ersten acht Plätzen bezüglich Einfluss im Parlament denn auch nur Ständeräte mit vier oder mehr Kommissionssitzen auf, der Schaffhauser Hannes Germann (SVP) auf Platz sechs. Der parteilose Thomas Minder folgt auf Rang 34. Die Nationalratsmitglieder Munz und Hurter erscheinen erst auf Rang 82 und 163.

4 Rückendeckung der Fraktion

Auch die Stellung in der eigenen Fraktion spielt eine Rolle. «Am besten ist es, wenn man die eigene Fraktion vom eigenen Anliegen zuerst überzeugt, bevor man es in den Rat bringt», sagt der Politologe Schwarz. Die Geschlossenheit der Fraktionen nehme generell zu, selbst bei den Fraktionen Mitte und FDP. Der Smartmonitor zeigt, wie oft Nationalratsmitglieder mit der Mehrheit ihrer Fraktion stimmten. Das Abstimmungsverhalten der Ständeratsmitglieder ist nicht gleich transparent ausgewiesen, weshalb die Auswertung dort schwierig ist.

Im Nationalrat jedoch liegen alle Mitglieder bei über 90 Prozent, wenn es um Fraktionstreue geht. Die Schaffhauserin Martina Munz belegt hier einen Spitzenplatz, in 99,5 Prozent der Abstimmungen stimmte sie wie die Mehrheit der SP-Fraktion. Thomas Hurter hingegen ist mit 93 Prozent unter jenen SVP-Politikern, die am häufigsten nicht der Fraktionsmehrheit gemäss abstimmten.

Die Zahlen zu den Abstimmungen zeigen ebenso, dass sich Thomas Hurter auch öfter enthielt als seine Gegenspielerin Martina Munz. «Wenn man mit der Fraktion nicht einig ist, ist es netter, sich zu enthalten, als gegen die eigenen Fraktion zu stimmen», sagt Daniel Schwarz. Ausserdem sei es denkbar, dass die SVP-Fraktion sich öfter strategisch enthalte. Hurter sagt: «Manchmal enthält man sich aus taktischen Gründen, um etwas zu erreichen. Bei Themen, die für meinen Kanton oder für meine bürgerliche Politik wichtig sind, enthalte ich mich nicht.»

5 Anwesenheit im Rat

Bei knappen Abstimmungen – die sehr selten vorkommen – kann auch die An- oder Abwesenheit den Unterschied machen. Der «Blick» kürte hier bereits letzten Winter die «Absenzenkönige» der letzten Legislatur. Ganz oben auf der Liste steht SVP-Nationalrat Roger Köppel.

Der direkte Vergleich von Thomas Hurter und Martina Munz ergibt, dass Munz fast nie (1,2 Prozent der Abstimmungen) und Hurter ein wenig häufiger (2,2 Prozent der Abstimmungen) fehlte. Er sagt: «Wenn ich abwesend war, war es aus folgenden Gründen: Sitzungen mit Bundesratsmitgliedern, Sitzungen mit der Verwaltung oder andere Tätigkeiten im Rahmen der Parlamentsarbeit.» Auch hier fehlen leicht zugängliche Daten des Ständerats. Generell nehme die Anwesenheit der Parlamentarier aber zu, wie Schwarz sagt.

6 Gewonnene Abstimmungen

Als weiterer Gradmesser für Erfolg im Parlament dient manchen die Anzahl der Abstimmungen, bei denen jemand auf der Seite der Gewinner stand. Die «Sonntagszeitung» kürte hier kürzlich den Mitte-Politiker Christian Lohr zum König: Er war bei 88 Prozent der Abstimmungen im Lager der Mehrheit. Politologe Daniel Schwarz sagt: «Die Ratsmitte, also Mitte und FDP, gewinnen die meisten Abstimmungen, weil es sie für eine Mehrheit fast immer braucht.»

Wortkarger Bundesrat zum Strassenverkehrsrecht

Der Bundesrat möchte das Schweizer Strassenverkehrsrecht an weiterentwickeltes EU-Recht angleichen und so die Verkehrssicherheit erhöhen. Die Fahrzeugbranche sowie Bundesparlamentarier befürchten ein faktisches Importverbot für Wagen aus Nicht-EU-Staaten. Gestern ging die Landesregierung nur spärlich auf ein Dutzend Anfragen aus dem Parlament ein.

Reto Zanettin

BERN. Es war eine orchestrierte Aktion: Zahlreiche Autohändler sowie prominent einer ihrer Verbände schickten im Herbst 2022 Briefe an das Infrastrukturdepartement (Uvek). Nicht einfach so, sondern in einer Vernehmlassung über eine Revision des Strassenverkehrsrechts. Besonders ein Passus ist gleich dutzendfach in den Stellungnahmen enthalten. Mit der Rechtsänderung werde «faktisch ein Importverbot verhängt», schreiben gleichlautend der Verband freier Autohandel Schweiz (VFAS) sowie etwa die Auto Höngg Belfanti AG in Zürich, die Auto Jäger AG in Churwalden, die Garage J. Mangold GmbH in Leuzigen, die Sonnenberg-Garage in Mogelsberg, die Tartaruga AG in Kleinandelfingen und viele andere mehr.

Mit einer Verordnungsänderung möchte der Bundesrat das Schweizer Recht an die Rechtsentwicklung in der Europäischen Union angleichen. Insbesondere will er: «Die neuen Fahrassistenzsysteme und Sicherheitsanforderungen sollen künftig für Neufahrzeuge auch in der Schweiz im Gleichschritt mit der EU obligatorisch werden.»

Laut der Landesregierung nimmt die EU in puncto Sicherheitsstandards weltweit eine Vorreiterrolle ein. Die neuen Vorschriften könnten die Verkehrssicherheit beträchtlich erhöhen: «Die Anzahl der im Strassenverkehr schwerverletzten und getöteten Personen dürfte deutlich sinken.»

Dagegen hat der VFAS nichts. Nur: Die Rechtsnovelle respektive der Nachvollzug des europäischen Rechts durch die Schweiz würde «den Import aller nicht für den EU-Markt produzierten Fahrzeuge ab Juli 2024 verunmöglichen». Dies, weil Fahrzeuge ohne europäische Gesamtgenehmigung vom Markt ausgeschlossen würden, so der Verband. Betroffen wären zum Beispiel für den US-Markt fabrizierte Autos.

Der Anteil importierter Autos aus Nicht-EU-Staaten an den Gesamtimporten sei zwar gering, sagt VFAS-Geschäftsleiter Stephan Jäggi. «Doch wenn die Direktimporte aus den USA und China ganz wegfallen, schwindet der Preisdruck im Schweizer Markt.» Zudem widerspreche das faktische Importverbot der Idee eines möglichst freien und gut funktionierenden Handels.

Bundesrat im Fragenhagel

Das Thema hat das Bundesparlament ebenfalls erreicht. Nationalrat Bruno Walliser (SVP/ZH) monierte schon im Herbst 2022 ein «bürokratisches Labyrinth» – von dem allein die Hersteller kommerziell profitierten, indem sie in der Schweiz höhere Preise durchsetzen könnten. Walliser forderte sodann eine möglichst einfache Zulassung von Autos und Nutzfahrzeugen ohne EU-Gesamtgenehmigung. Die Schweiz solle sich an der Zulassungspraxis Deutschlands orientieren. Der Bundesrat winkte ab. In Deutschland könnten – nebst den EU-Vorschriften – auch nationale Vorschriften gelten, die weniger streng seien als jene in der Schweiz. Bei einer Anerkennung könne es geschehen, «dass etwa eingebaute Funkanlagen wie beispielsweise Reifendrucksensoren, Antikollisionsradare oder andere Sensoren Störungen verursachen oder gestört werden», so der Bundesrat.

Gestern nun hakten Bruno Walliser und mit ihm mehrere andere Nationalratsmitglieder nach. Total ging ein Dutzend Anfragen für die montägliche Fragestunde des Nationalrats bei der Landesregierung ein. Wie stellt das Infrastrukturdepartement Uvek sicher, dass es nicht zu einem faktischen Importstopp aus Drittmärkten wie den USA kommt? Ist die Landesregierung bereit, eine Ausnahmeregelung für Fahrzeuge aus Nicht-EU-Ländern zu gewährleisten? Auch das Wirtschaftsdepartement (WBF) wurde involviert, Fragen lauteten etwa: Wie stellt das WBF sicher, dass die Märkte offen bleiben? Und wie sorgt es dafür, dass weder die Wirtschaft noch die Bürger Nachteile erfahren?

Die Antwort fiel für alle Anfragen gleich aus. Darin repetierte die Regierung, sie habe eine Vernehmlassung durchgeführt. Diese werde zurzeit ausgewertet. Sobald die Ergebnisse vorliegen, werde der Bundesrat über das weitere Vorgehen entscheiden. Anliegen, die gestern aufgetaucht sind, werde er «in seine Überlegungen einbeziehen» und prüfen, «ob sich Ausnahmen in materieller oder zeitlicher Hinsicht mit den Anliegen der Verkehrssicherheit, der elektrischen Sicherheit und der elektromagnetischen Verträglichkeit vereinbaren lassen».

Bruno Walliser sagt zur Art und Weise, wie der Bundesrat die Anfragen beantwortet hat: «Das ist nicht befriedigend.» Der Bundesrat habe es sich relativ einfach gemacht mit der Beantwortung der Fragen. Und nun? Er werde wohl eine nächste Motion einreichen müssen, so Walliser.